

# Indigene Völker: Die Zeit wird knapp!



Eine Information von *infoe* zum Internationalen Tag der Indigenen Völker am 9. 8. 2006



Protest der Confan in Ecuador gegen Texaco  
Foto: infoe CH

**Pack die Taiga in den Tank** - wie deutsche Banken sibirischen Urvölkern das Leben schwer machen S. 2

**Das Erwachen der Regenbogenschlange** Australiens Ureinwohner warnen vor den Gefahren des Urans - S. 3

**Ureinwohner und Menschenrechte** Deutschland und die UN-Konvention S. 4

## Vernichtet, romantisiert und wieder vergessen?

Mehr als 60 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen müssen die indigenen Völker, die Ureinwohner, noch immer um die Anerkennung ihrer Rechte kämpfen. Im Zeichen neoliberaler Globalisierung ist dies ein Kampf ums Überleben - nicht nur für die Indigenen selbst, sondern auch für die Überlebenschancen unserer Kinder. Denn die meisten indigenen Völker, die ihre traditionelle Lebensweise bewahren konnten, verstehen sich als die Hüter der Schöpfung.

Nach Jahrhunderten der Verfolgung und Diskriminierung folgten Phasen der Roman-

tisierung, wenn Indigene besiegt zu sein schienen. Doch nach weltweiter Aufmerksamkeit um 1992 herum folgte wieder Vergessen.

Die meisten der 300-500 Mio. Indigenen auf der Welt werden in ihren Heimatländern weiterhin marginalisiert, eine Folge nationalstaatlicher Ideologien und des Ressourcenhungers der Industrieländer. Nur wenige Staaten erkennen die Grundrechte der indigenen Völker an, wie sie im Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 1989 kodifiziert wurden. Die ILO-Konvention 169 ist das einzige völkerrechtlich

verbindliche Dokument über die Rechte indigener Völker. Während Norwegen, die Niederlande und Dänemark die Konvention bereits ratifiziert haben, ist Deutschland noch nicht auf der Unterzeichnerliste zu finden: ein Armutszeugnis für ein Land, das sich einen hohen Menschenrechtsstatus zugute halten will.

Wer die bedrohten Ökosysteme dieser Welt retten will, muss die Rechte seiner Bewohner schützen - auch deshalb setzt sich *infoe* - Institut für Ökologie und Aktionsethologie e. V. seit über 15 Jahren beharrlich für die Rechte indigener Völker ein.

„Indigene Völker verfügen über unschätzbare traditionelles Wissen und schützen ihr Land, die Natur, die biologische Vielfalt und die Ressourcen. Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft anfängt, die indigenen Völker zu schützen. Ihre Kulturen sind zerbrechlich und bedroht.“

Die ILO-Konvention 169 wird dazu beitragen, indigene Völker vor kommerzieller Ausbeutung durch mächtige ausländische Konzerne zu schützen. Das ist kein Luxus: Der Schutz der Menschenrechte und der indigenen Völker ist eine entscheidende Aufgabe in einer sich immer mehr globalisierenden Welt.“

Dr. José Ramos-Horta, Friedensnobelpreisträger (1996)  
Ministerpräsident der Demokratischen Republik Timor-Leste



Dr. José Ramos-Horta  
Foto: Marita Hammer

## Wer sind indigene Völker?

Indigene Völker leben überall auf der Welt. In Süd- und Mittelamerika werden sie „Indígenas“ oder „Amerindians“ genannt, in Indien „Adivasi“ und in Australien „Aborigines“. Die nordamerikanischen Indianer, die Inuit (Eskimos) der Arktis, die San (Buschleute) des südlichen Afrika wie auch die so genannten „kleinen Völker“ des russischen Nordens und Sibiriens zählen sich dazu.

Manche indigene Völker haben nur wenige Dutzend Angehörige, andere bringen es auf Millionen. Ihre Gesamtzahl wird auf 350-500 Millionen Menschen geschätzt, doch ihre genaue Zahl kennt niemand.

Die meisten Ureinwohner bewohnten ihr Land jahrtausende lang, bevor sie unter die Herrschaft fremder Mächte gerieten. Oft bilden Jagd, Sammeln oder Fischfang ihre Lebensgrundlage, viele sind Nomaden.

Viele indigene Völker verfügen über reiches traditionelles Wissen über die Tier- und Pflanzenwelt - Wissen, das transnationalen Pharmakonzernen heutzutage Milliarden Gewinne beschert.

Den indigenen Völkern ist gemeinsam, dass sie sich selbst als eigenständige Gemeinschaften sehen. Ihre Sprachen, Kulturen und Institutionen unterscheiden sich von denen der Mehrheitsgesellschaft. Vielfach sind sie marginalisiert und mussten Entmündigung, Diskriminierung, Vertreibung und Unterdrückung bis hin zum Genozid erleiden - oder erleiden es auch heute noch. Kolonisatoren sahen in ihnen oftmals wenig mehr als Tiere. Als „Wilde“ und „Heiden“ wurden sie verfolgt, ausgerottet oder versklavt.

Das Land ist für viele indigene Völker Grundlage und Mittelpunkt von Kultur, Gesellschaft und spiritueller Weltauffassung. Sie betrachten sich selbst als dem Land zugehörig, nicht umgekehrt. Die Vorstellung von Land als Privatbesitz lehnen sie ab.

„Die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch Deutschland würde die dringend notwendigen Änderungen in den Beziehungen zur indigenen Bevölkerung entscheidend vorantreiben. Zum einen würde sich die deutsche bilaterale Zusammenarbeit mit den Ländern, die reich an indigenen Kulturen sind, zwangsläufig den Bestimmungen der Konvention anpassen. Zum anderen würde das dazu führen, dass deutsche Firmen und Körperschaften im Ausland die Bestimmungen respektieren müssen.“

Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin (1992)



Foto: Beatrice Weyrich

### STICHWORT:

Das renommierte „World Watch Institute“ schätzt: Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts könnte die Hälfte der indigenen Gemeinschaften verschwunden sein: Opfer von Verdrängung und Assimilierung, von Genozid und Ethnozid. Indigene Völker machen heute noch etwa 300-500 Millionen Menschen aus.



infoe  
Institut für Ökologie  
und Aktions-Ethnologie e. V.

# „Pack' die Taiga in den Tank!“ oder: Was macht die WestLB in Westsibirien?



**Danil Tarlin vom Volk der Chanty ist um die 60. Mit seiner Frau bewohnt er eine Hütte am Fluss Kasym in Westsibirien. Sein Lebensunterhalt: 20 Rentiere, dazu Fisch, den er und seine Frau mit Reusen fangen.**

Danil singt, begleitet nur vom Klopfen eines Löffels, von der Geschichte seines Volkes, von der Taiga. Er singt von der Göttin des Flusses Kasym, vom Nachbarvolk der Nenzen und von „diesen Russen“, die von Süden in sein Land gekommen sind. Vielleicht wird man am Kasym bald keine alten Lieder mehr hören können. Die wenigen verbliebenen Rentiere finden kaum mehr genügend Futter. Im Dorf Juilsk, hier leben Danils Kinder, riecht das Flussufer nach Kerosin. Als die Erdölsucher abzogen, ließen sie einen leckeren Tank zurück, der nun Tag für Tag den Fluss verseucht. Die Fische sterben. Die Dorfbewohner beschwerten sich bei der Verwaltung, vergebens. Das ganze, schier endlose Land ist von den Folgen der Gier nach dem schwarzen Gold gezeichnet: Verbrannte Wälder, lecke Ölpumpen, die niemand mehr repariert. In der Taiga lodern Tag und Nacht die Gasfackeln und bieten ein Bild der Zerstörung.

## Nomaden im Öl-Dorado

Der Fluch des Landes ist sein Reichtum. Das Erdöl wird Tag und Nacht in die tausende Kilometer langen Pipelines durch Russland, Polen und die Ukraine bis nach Deutschland gepumpt. Sibirien - Land wilder Romantik und ewiger Kälte? Das war einmal. Heute ist es das Öl-Dorado, das mit seinen sensationellen Renditen Investoren, Konzerne und Banken aus der ganzen Welt anlockt. Es ist die Region, die im Zentrum der Energiestrategie der EU steht.

Dabei sind die Tundren und Taigawälder uralte Kulturlandschaften. Seit tausenden von Jahren bewohnen, nutzen und prägen

die Chanty und andere indigene Völker mit ihren einzigartigen Kulturen dieses weite Land. Es ist eine extreme, harte Umwelt, aber sie haben als Rentiernomaden, Jäger, Fischer und Sammler große Anpassungsfähigkeit bewiesen und über die Jahrhunderte wechselnder Kolonialherrschaften ihre Sprachen, ihre kulturelle und soziale Eigenständigkeit bewahren können.

Doch damit könnte es bald vorbei sein. Der in den 60er Jahren einsetzende Öl-Boom hat bereits ganze Landstriche in ökologische Notstandszonen verwandelt. Flüsse und Seen sind ölverseucht, Wälder abgebrannt und Weideland zerstört. Gegenüber den mächtigen Ölkonzernen sehen die kleinen indigenen Gemeinschaften kaum eine Chance, ihre Rechte durchzusetzen.

„Zuerst sagte man uns: ‚Rückt ein wenig zur Seite, hier wird eine Stadt gebaut.‘ Wir rückten zur Seite. Dann wurde uns gesagt: ‚Bewegt euch noch ein bisschen. Hier entsteht ein Werk der Ölindustrie.‘ Wir rückten zur Seite. Dann sagte man uns: ‚Es muss eine Straße gebaut werden.‘ Wir machten Platz. Aber jetzt können wir nicht mehr zur Seite rücken. Es gibt kein Land mehr! Was sollen wir jetzt machen?“

Jurij Vella, Rentierzüchter und Aktivist vom Volk der Wald-Nenzen

## Schmierige Geschäfte

Zu denen, die auf dem Rücken der Einwohner satte Renditen einfahren, gehören auch eine Bank aus Düsseldorf: die „Westdeutsche Landesbank“. Die WestLB ist im Besitz der Kommunen und des Landes Nordrhein-Westfalen und soll laut Satzung die Regierung unterstützen und dem Gemeinwohl dienen. Gewinne sind ausdrücklich Nebensache.

Doch allein im Jahre 2002 vergab die WestLB Kredite im Wert von 441 Millionen US-Dollar an den Ölkonzern Sibneft - in Erwartung einer Rendite von 30 Millionen. Erwirtschaftet werden sollen die Gewinne im Gebiet von Nojabrsk in Westsibirien. Hier tobt seit langem der Krieg gegen die Natur. Pipelinebrüche sind an der Tagesordnung. Förderstellen werden einfach unversiegelt zurückgelassen, in den Wäldern finden sich ganze Ölseen. Immer mehr Einwohner leiden an Krebs.

Besonders hart trifft es die Ureinwohner: Viele Chanty, Mansi und Nenzen stehen vor dem Aus.

Die landeseigene Bank knüpft ihre Kreditgeschäfte in Sibirien nicht an Umweltauflagen. Der Ölkonzern hat freie Hand. Als mitverantwortlich für diese Entscheidung gilt Peer Steinbrück, heute Bundesfinanzminister, damals Finanzminister des Landes NRW und Aufsichtsratsmitglied der Bank. Ein niederländischer Finanzrecherchedienst fand im Auftrag des WDR heraus: Die WestLB arrangierte Kredite für russische Ölkonzerne im Gesamtwert von mindestens zwei Milliarden US-Dollar. Die gemeinnützige Bank vom Rhein - ein Global Player ohne Gewissen?

Doch die WestLB steht nicht allein: Wichtigster ausländischer Abnehmer sibirischer Bodenschätze ist Deutschland. Deutsche Firmen sind der russischen Öl- und Gaswirtschaft teilweise seit Jahrzehnten eng verbunden. Deutsche Unternehmenspolitik, Lebensstil und Ressourcenverbrauch hierzulande haben so direkten Einfluss auf Leben und Zukunftschancen indigener Völker.

Eine problematische Beziehung, die sich in der Zukunft noch vertiefen wird. Der Düsseldorfer Energiekonzern e.on ist nicht nur langjähriger Handelspartner des russischen

Ureinwohner aus Sachalin protestieren gegen Shell und Exxon  
Foto: Natalia Barannikova

Staatskonzerns Gazprom, sondern auch sein „größter ausländischer strategischer Investor“, wie die Website des Konzerns stolz vermeldet. Ruhrgas-Chef Burkhard Bergmann sitzt gar im Aufsichtsrat des Gasmonopolisten. Und dieser entwickelt sich zunehmend vom Gas zum bedeutenden Ölkonzern: Ende September verleihte sich das Unternehmen 76 Prozent des Ölförderers Sibneft ein - genau jenes Unternehmens, das zuvor großzügig von der WestLB mit Krediten versorgt worden war.

## Russisches Roulette am Pazifik

Zunehmend sind es also deutsche Unternehmen, die darüber mitentscheiden werden, ob in der russischen Arktis künftig noch Menschen existieren können oder ob alles Leben unter einem Ölteppich erstickt. Dabei müssen sie aber künftig mit erheblichem Gegenwind rechnen. Anfang 2005 fingen die Ureinwohner der fernöstlichen Insel Sacha-

Die gemeinnützige WestLB war bereits Anfang des Jahrzehnts als Kreditgeber an der Spitze eines internationalen Bankenkonsortiums an der 500 km langen OCP-Pipeline im Regenwald von Ecuador beteiligt, allen Protesten von Umweltschützern und Ureinwohnern zum Trotz. Die Pipeline ging im Herbst 2003 ans Netz und durchschneidet sieben Naturschutzgebiete. In den vulkanisch aktiven, erdbeben- und erdrutschgefährdeten Regionen drohen Umweltkatastrophen. Um die Pipeline besser auszulasten, soll die Ölförderung nun auf bislang unberührte Schutzgebiete und Territorien von indigenen Völkern im Amazonas ausgeweitet werden. Davon sind Indianergemeinden, wie Sarayacu, direkt bedroht. Weitere Infos bei: <http://www.erdoelinamazonien.org>

Zwangsumgesiedelte Chanty  
Foto: Carolin Grosse



„Als der Shell-Konzern in unser Land kam, hofften wir zunächst, dass er sich an internationale Standards halten würde, sodass die Umwelt so wenig wie möglich geschädigt wird. Aber sie nutzen die Mängel der russischen Umweltschutzgesetzgebung aus und machen bei uns Dinge, die sie bei sich zu Hause nicht wagen würden. 1999 war praktisch das gesamte Nordostufer 20 Zentimeter hoch mit toten Fischen bedeckt, 50.000 Tonnen. Wir meinen, dass dies daran liegt, dass im Vorjahr das von Shell geführte Konsortium Sakhalin Energy mit Erlaubnis der Verwaltung seine Bohrrückstände ins Meer gekippt hat, genau dort wo die Lachse, die unsere Lebensgrundlage sind, ihre Nahrung finden. Jedes Jahr gibt es Ölverseuchung oder Verschmutzung mit anderen Chemikalien. Auch vergangenes Jahr gab es ein großes Fischsterben.“

Alexei Limanso, Sprecher des Rats der indigenen Völker Sachalins

lin - Rentierzüchter, Fischer und Jäger aus vier verschiedenen Ethnien - an, die Zufahrtsweg des übermächtigen Shell-Konzerns zum geplanten weltgrößten Ölprojekt „Sachalin II“ zu blockieren - bei klirrender Kälte von -30°C. Gemeinsam mit Umweltschützern und internationalen Unterstützern brachten sie den Konzern und seine Geldgeber in Erklärungsnot. Bereits die Vorarbeiten zum Projekt haben viele tausend Tonnen Fisch vernichtet.

Die Fischer der Aniva-Bucht mussten allzu oft mit leeren Netzen heimkehren. Rentiere, Lachse, aber auch die letzten 100 Grauwale des Westpazifik sind akut bedroht. Mehrfach kam es zu schweren Pannen: Tanker liefen auf Grund, Ureinwohner berichteten von

Explosionen, bei denen ganze Fischschwärme vernichtet wurden. Dennoch scheint die europäische Entwicklungsbank, in der Deutschland eine gewichtige Rolle spielt, gewillt, mit den Projektträgern über eine Finanzierung zu verhandeln. Unterdessen sorgt der Staatskonzern Rosneft - eine zukünftige Tochter des Gasmonopolisten Gazprom - für weitere Ölteppiche in der Aniva-Bucht, dem Siedlungsgebiet der Ureinwohner Sachalins. Das sind Vorzeichen dessen, was auf die Insel noch zukommen wird, denn nach Sachalin I und II befinden sich die Projekte III bis VI bereits in Vorbereitung. Dass in diese Projekte auch deutsche Firmen, Banken und Regierungsstellen verwickelt sein werden, wird so immer wahrscheinlicher. Unterdessen bleibt den kleinen Völkern Sachalins, den Ewenken, Niwchi, Oroken und Nanai, nur die Hoffnung auf die Solidarität der Menschen in den Ländern der Geldgeber.

## Praktische Solidarität

Ein Anfang dabei ist gemacht: 2005 lud infoe Vertreter indigener Völker zu einer Konferenz mit anschließender Vortragsreise nach Deutschland ein. Vertreter zahlreicher Nichtregierungsorganisationen diskutierten Forderungen, Probleme und Strategien. In Berlin forderten die Betroffenen, unterstützt von deutschen Menschenrechtsorganisationen, anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags über die Ostseepipeline von der Bundesregierung und von Ölfirmen, ihre Rechte zu achten. Als Organisation, die bereits zehn Jahre lang mit den Ureinwohnern der russischen Arktis zusammenarbeitet, wird infoe die Verantwortung deutscher Banken und Konzerne anmahnen, damit auch noch Danils Enkel die raue Schönheit der westsibirischen Taiga besingen können.

Weitere Informationen im Themenheft des infoeMagazins „Taiga im Tank. Russlands indigene Völker und das Erdöl.“, das zum Einzelpreis von 5,- € zzgl. Porto bei infoe bestellt werden kann, und unter [www.infoe.de/home/Sibirien](http://www.infoe.de/home/Sibirien).

# Das Erwachen der Regenbogenschlange Die Ureinwohner und der strahlende Tod



**Hurrikan Katrina – explodierende Ölpreise – globale Erwärmung – schmelzende Polkappen: Selbst die härtesten Hardliner gestehen mittlerweile ein, dass das Verbrennen fossiler Rohstoffe dramatische Folgen für das Weltklima hat. Im Zuge dieser Klimadiskussion arbeiten Energie- und Bergbaukonzerne unermüdlich an der Anerkennung der Atomkraft als klimafreundlicher Alternative. Milliarden-schwere Akquisitionen im Urangeschäft zeugen von hohen Gewinnerwartungen. Ein neues Nuklearzeitalter steht vor der Tür. Schon jetzt steht fest, wer die Leidtragenden sein werden.**

Im kollektiven Gedächtnis indigener Völker sind Uranlagerstätten oftmals als Orte bekannt, von denen eine Gefahr ausgeht und denen deshalb mit besonderer Vorsicht begegnet werden muss. In den Legenden der Aborigines am australischen Upper Yule River steht dafür die „Regenbogenschlange“, die im Boden ruht und nicht geweckt werden darf. Sonst wird großes Unglück über die Menschen kommen.

Die bekannten Uranvorräte liegen zu rund 70 Prozent unter dem Land indigener Völker, z. B. bei den Aborigines oder im Norden Kanadas auf dem Land der Cree und Dené. In Afrika sind Nomaden wie die Tuareg und andere Ethnien vom Uranabbau betroffen. Durch ehrgeizige staatliche Atomprogramme sind die Bewohner Namibias ebenso von den Folgen des Uranabbaus bedroht wie die Adivasi in Indien.

Bei praktisch allen Atombombentests in Ost und West waren indigene Völker die Opfer. Ob das pazifische Fangataufa-Atoll, die Wüste von Nevada oder die russische Insel Nowaja Semlja im arktischen Eismeer – stets sind es die Gebiete der UreinwohnerInnen, die als Testgelände, Uranminen oder Müllhalden auf Jahrtausende unbewohnbar gemacht werden.

## Uranminen - eine tickende Zeitbombe

Solange das Uran in der Erde liegt, ist es weitgehend im Gestein gebunden und nur geringe Spuren davon gelangen in die Umwelt.

Beim Abbau wird das Uran zu Tage gefördert und in einer Uranmühle – die eigentlich eine komplizierte chemische Fabrik ist – bis auf Sandkorn-

die Oberflächengewässer und ins Grundwasser gelangen und den Weg in die Nahrungskette finden.

Die Menschen in der Umgebung werden so die ersten Opfer der nuklearen Kette – neben denen, die das Uran zu Tage fördern. In New Mexico wurden für die Arbeiten in den Uran-Bergwerken Navajo-Indianer (Diné) angeheuert, ohne irgendeine Aufklärung über die drohenden Gefahren für Leib und Leben. Selbst Häuser für die Uran-Kumpel wurden aus strahlendem Abraum errichtet.

## „Nationale Opfergebiete“

„Sacrifice areas“, Opfergebiete, nennt eine amerikanische Studie Regionen, in denen eine „Rekultivierung“ erst gar nicht versucht wird. Was jahrzehntelang dem „nationalen

## STICHWORT:

### Leben für die siebte Generation

*Nicht mehr aus der Umwelt zu entnehmen, als man wirklich braucht – dieser Grundsatz ist für die Bewohner von Tundren, Savannen und anderer sensibler Ökosysteme oft eine Überlebensnotwendigkeit. Das „Große Friedensgesetz“ der Irokesenkonföderation im heutigen Kanada legt fest, dass jeder politische Beschluss danach beurteilt werden muss, welche Folgen er für die siebte zukünftige Generation haben würde.*

Wohl“ geopfert wurde, waren fast ausschließlich die Gebiete der Ureinwohner Nordamerikas: der Western Shoshone, der Diné und vieler anderer.

## „Das Uran muss in der Erde bleiben!“

„Das Uran muss in der Erde bleiben!“ - so lautete der gemeinsame Aufruf, den 1992 Hopi-Indianer, Aborigines, Tuareg-Nomaden, nenische Rentierzüchter der russischen Arktis und viele andere Strahlenopfer beim Salzburger „World Uranium Hearing“ an die Welt richteten.

Schon wenige Jahre später schien es, als ob sich das Nuklearzeitalter dem Ende zuneige. Doch diese Hoffnung könnte sich als trügerisch erweisen, denn die weltweite Energieknappheit hat den Wert der Aktien von Uranförderern sprunghaft ansteigen lassen.

Ausgerechnet Australien gehört zu den Vorreitern des neuen Uranbooms, obwohl die Mythen seiner Ureinwohner vor den Gefahren warnen. Unter dem konservativ-neoliberalen Premier Howard sollte dem Urangeschäft selbst das einzigartige UNESCO-Welt-natur- und Kulturerbe des nordaustralischen Kakadu National Parks geopfert werden. Allein der jahrelange zähe Widerstand der Mirrar-Aborigines, die das Gebiet seit Jahrtausenden bewohnen, hat dies bis heute verhindern können. In Deutschland unterstützte sie dabei infoe mit Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen, die deutlich machten, dass es auch am anderen Ende der Welt Menschen gibt, die die Geschichte von der Regenbogenschlange verstanden haben. Die Botschaft wurde gehört, der Bergbau-Multi Rio Tinto wird das Projekt nicht wieder in Angriff nehmen. Doch dieser eine Sieg kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass weltweit ein neues Atomzeitalter droht.

Die indigenen Völker der Welt brauchen weiterhin unsere Solidarität, und vor allem brauchen sie verbindlich garantierte Menschenrechte. Nur dann lässt sich verhindern, dass auch in Zukunft Tundren, Steppen und Wälder in strahlende Wüsten verwandelt werden.

Das 44seitige Themenheft des infoeMagazins „Indigene Völker und die nukleare Kette – Verraten, vertrieben, verstrahlt“ ist im Dezember 2005 erschienen und kann im Kölner infoe-Büro zum Einzelpreis von 5,- € zzgl. Versandkosten bestellt werden.

Demonstration vor dem Kölner Dom  
Foto: Werner Aron



Open Pit - Urantagebau in der kanadischen Provinz Saskatchewan  
Foto: Günther Wippel



Strahlenopfer vom Volk der Navajo (Diné)  
Foto: Thomas Kohnle



Demonstration gegen die Jabiluka-Mine  
Foto: Dave Sweeney

größe zermahlen. Unter Einsatz von Chemikalien, meist Schwefelsäure, wird das Uran aus dem Gestein gelöst. Das Endprodukt dieses Prozesses ist der „yellow cake“, das so genannte Natur-Uran.

Zurück bleiben aber tausende Tonnen Abraum – schlammige und flüssige Abfälle aus dem Prozess, die noch ca. 80% der ursprünglichen Radioaktivität des Urangesteins enthalten – unter ihnen extrem langlebige Elemente mit einer Halbwertszeit von 240.000 Jahren. Mindestens so lange müssen diese Abfälle von der Umwelt isoliert gesichert aufbewahrt werden – eine Aufgabe, die schlechterdings unlösbar ist.

Und so liegen überall in den Uranabbaugebieten riesige Halden mit Millionen Tonnen von radioaktivem Abraum, die von den Winden verweht werden, mit dem Regenwasser in



# Menschenrechte für indigene Völker

## Alter und neuer Kolonialismus

„Wir sind nicht gegen Entwicklung, aber wir verlangen, dass wir den Pfad unserer Entwicklung selbst bestimmen können.“

aus einer gemeinsamen Erklärung indigener Organisationen beim Johannesburger UN-Gipfel im April 2003

Während Investitionen transnationaler Konzerne in den meisten Ländern umfassenden Rechtsschutz genießen, wird selbst die bloße Existenz indigener Völker von vielen Staaten bis heute nicht anerkannt. Oft werden Indigene stark benachteiligt. Ihr politischer Einfluss ist marginal, sie sind Opfer von Zwangsvortreibung, Umweltvernichtung, Bürgerkriegen. Um dies zu ändern, verabschiedete die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 1989 in Genf die Konvention 169.

Die ILO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, in der Arbeitgeber, Ge-

werkschaften und Regierungen Menschenrechtsstandards für die Arbeitswelt festlegen. Mit dem Übereinkommen Nr. 169 wurde 1989 erstmals verbindlich erklärt, dass indigene und in Stämmen lebende Völker Grundrechte haben, dass ihre Kulturen, Institutionen, Sprachen und Lebensweisen bewahrt werden sollen, dass Zwangsumsiedlungen zu vermeiden sind und dass Regierungen sie bei allen sie betreffenden Entscheidungen zumindest anhören müssen.

Zwar steht in der UN-Generalversammlung nun die Entscheidung über eine Erklärung der Rechte indigener Völker an, um die zuvor 20 Jahre lang gestritten wurde. Doch anders als die ILO-Konvention ist diese eine unverbindliche Absichtserklärung, die den Staaten keine Pflichten auferlegt. Bis zu einer UN-Konvention über Ureinwohner können noch Jahrzehnte ins Land gehen. Daher liegt in der ILO-Konvention die größte Hoffnung auf Menschenrechtsschutz für indi-

gene Völker. Doch Deutschland ziert sich. Nicht nur die konservative Regierung unter Helmut Kohl, sondern auch die rot-grüne Koalition, die die Menschenrechte zur „Leitlinie der Politik“ erklärt hatte, weigerte sich beharrlich, der Konvention beizutreten - trotz Aufforderung durch UNO und EU-Parlament und in Missachtung des Koalitionsvertrags von 1998.

Ein Erfolg der Lobby deutscher Unternehmen? Treibt sie die Angst, in Ölförderländern künftig Rücksicht auf die Einheimischen nehmen zu müssen oder nicht mehr in Großstaudämme investieren zu dürfen, wenn dafür Indigene zwangsvertrieben werden? Angeblich nichts von alledem: Der ehemals zuständige Superminister Clement argumentierte, die in Deutschland lebenden Sinti und Roma könnten sich plötzlich als „in Stämmen lebend“ erklären und mit überzogenen Forderungen an die Bundesrepublik und die Sozialkassen herantreten. Sonderrechte für Sinti und Roma in Schule und

Arbeitswelt hießen steigende Lohnkosten und Arbeitslosigkeit. Obwohl der Zentralrat der Sinti und Roma diese absurde Vorstellung zurückgewiesen hat, beharrt man in Berlin auf der Ablehnung. Sind die Menschenrechte also tatsächlich Grundlage der deutschen Politik, wie es im rot-schwarzen Koalitionsvertrag heißt? Man mag zweifeln.

Ein von infeo mit ins Leben gerufenes breites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen und Vertretern indigener Völker fordert von der Bundesregierung die schnelle Ratifizierung der ILO-Konvention 169. Auch Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Hilfswerke haben an die Bundesregierung appelliert.

Waren es unter Rot-Grün Innenminister Schily und Wirtschaftsminister Clement, die die Ratifizierung blockierten, so steht nun Arbeitsminister Müntefering in der Verantwortung. Für die indigenen Völker der Erde drängt die Zeit.



Joji Cariño  
Foto: Johannes Rohr

### Wie sind indigene Völker von der wirtschaftlichen Globalisierung betroffen?

**Cariño:** In meiner Heimat, den Philippinen, ist der Kolonialismus, der von der Montanindustrie betrieben wird, die größte Bedrohung. Dies wird durch die neue Liberalisierung der Bergbaugesetzgebung ermöglicht. Hierin liegt eine Fortsetzung des alten Kolonialismus.

Zudem beginnt die Politik damit, das Management von traditionellem Wissen zu regulieren. Früher konnten wir unsere Wälder selbst verwalten. Jetzt schafft die Regierung neue Gesetze über geistiges Eigentum mit der Folge ist, dass die Gemeinschaften jetzt Genehmigungen vom Staat brauchen, um ihre eigenen Wälder zu nutzen.

Gleichzeitig laufen Projekte zur weltweiten genetischen Erfassung aller indigenen Völker und der genetischen Ressourcen ihrer Gebiete. Wir sehen dies als eine echte Bedrohung. Die Informationstechnologie ermöglicht es, gewaltige Informationsbestände in sehr kurzer Zeit zu durchforsten. So wird auch der Zugriff auf Informationen über die traditionelle Nutzung von Heilpflanzen immens erleichtert.

### Was sollten Regierungen und Menschen in den Industriestaaten tun? Was erwarten indigene Völker von ihnen?

**Cariño:** Die industrialisierten Staaten sagen, sie seien wegen ihrer Entwicklungspolitik die wichtigsten Förderer der Menschenrechte. Doch auf anderen Gebieten, wie Handel, Finanzen oder Wirtschaft, sind sie auch die wichtigsten Förderer der Liberalisierung und der Macht der Konzerne. Deshalb müssen sie daran erinnert werden, dass sie auch hier an ihre Menschenrechtsverpflichtungen gebunden sind, z.B. was die Rechte indigener Völker angeht.

Wenn Regeln über das geistige Eigentum vereinbart werden, sind es genau diese Regulierungen, die den Diebstahl an unserem traditionellen Wissen ermöglichen. Wenn sie die entfesselte Liberalisierung von Handel und Investitionen vereinbaren, dann wird genau das dazu führen, dass unsere Gebiete für die großen Bergbaukonzerne geöffnet werden. Unterstützer in den industrialisierten Ländern sollten sich dieser Bedrohungen bewusst sein und sich dafür einsetzen, dass die Regierungen die Tätigkeit ihrer Konzerne im Ausland regulieren.

Auch muss genau beobachtet werden, welche Politik die Regierungen in internationalen Verhandlungsprozessen wie etwa der Konvention zur Biodiversität betreiben.

*Joji Cariño stammt aus dem Norden der philippinischen Insel Luzón und gehört der Ethnie der Ibaloy an. Sie ist Mitarbeiterin der Tebteba Foundation und eine der profiliertesten indigenen Menschenrechtsaktivistinnen der Philippinen.*

(Das Interview führte Johannes Rohr von infeo)

## Die ILO-Konvention Nr. 169 – Grundrechte für indigene Völker

Das Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Jahr 1989 ist das bedeutendste Abkommen über Menschenrechte indigener Völker. Während frühere Abkommen auf die Assimilation der „rückständigen“ und „primitiven“ Ureinwohner zielten, wird hier erstmals anerkannt, dass indigene Völker Rechte haben.

*Aus der ILO-Konvention 169:*  
„Die betreffenden Völker müssen das Recht haben, ihre eigenen Prioritäten für den Entwicklungsprozess (...) festzulegen und soweit wie möglich Kontrolle über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung auszuüben. (...)“ (Artikel 7, Abs. 1)

„Die Eigentums- und Besitzrechte der betreffenden Völker an dem von ihnen von alters her besiedelten Land sind anzuerkennen. (...)“ (Art. 14, Abs. 1)

„Bei der Durchführung [des Abkommens] (...) haben die Regierungen die besondere Bedeutung, die die Beziehung der betreffenden Völker zu dem von ihnen besiedelten oder anderweitig genutzten Land (...) für ihre Kultur und ihre geistigen Werte hat, und insbesondere die kollektiven Aspekte dieser Beziehung, zu achten.“ (Art. 13, Abs. 1)

„[D]ie betreffenden Völker [dürfen in der Regel] aus dem von ihnen besiedelten Land

nicht ausgesiedelt werden. (...) Falls die Umsiedlung dieser Völker ausnahmsweise als notwendig angesehen wird, darf sie nur mit deren freiwilliger und in voller Kenntnis der Sachlage erteilter Zustimmung stattfinden.“ (aus Art. 16)

Ob Atombombentest, Ausbeutung von Ölvorkommen oder der Bau von Großstaudämmen: Gründe, für die indigene Völker zwangsvertrieben und enteignet wurden, gab und gibt es immer wieder. Meist ist es das Versprechen von „Entwicklung“ oder der Verweis auf das „nationale Wohl“. Die Rechte von Ureinwohnern, die als primitiv und unproduktiv gelten, wiegen dagegen wenig.

Länder, die das Abkommen unterzeichnen, sind zur Umsetzung in nationales Recht verpflichtet. Vertragsstaaten, auch Arbeitnehmerorganisationen haben das Recht, gegen andere Regierungen, die die Bestimmungen verletzen, vor der Genfer Arbeitsorganisation Beschwerde zu führen.

Wichtiger ist, dass mit dem Übereinkommen erstmals ein weltweiter Mindeststandard für Menschenrechte von Ureinwohnern geschaffen wurde, der selbst dort nicht ignoriert werden kann, wo Regierungen bislang die Unterschrift verweigern. Jede weitere Ratifizierung ist ein Beitrag zur Stärkung der Menschenrechte.

### Was Sie tun können:

- ▶ Wenden Sie sich an Ihren Bundestagsabgeordneten und fordern Sie ihn auf, sich bei der Bundesregierung für die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 169 einzusetzen oder schreiben Sie der Bundesregierung. Musterbriefe finden Sie unter [www.ilo169.de](http://www.ilo169.de)
- ▶ Mischen Sie sich ein – z. B. bei der Tagung „Indigene Völker und die ILO-Konvention 169. Europa sucht den Dialog“, 31.8.-2.9.2006 in Iserlohn. Näheres unter [www.ilo169.de](http://www.ilo169.de)
- ▶ Fordern Sie unter [www.infeo.de/publikationen](http://www.infeo.de/publikationen) unsere Veröffentlichungen zu Bodenschätzen, Menschenrechten und indigenen Völkern an.
- ▶ Werden Sie Mitglied des infeo e. V. oder unterstützen Sie unseren Einsatz durch eine steuerlich voll absetzbare Spende.
- ▶ Verteilen Sie diese Zeitung weiter, bestellen Sie weitere Exemplare bei infeo e.V.

### STICHWORT:

*Niemandsland  
Selbst in demokratisch verfassten Staaten sind den Ureinwohnern Rechtsmittel oft verwehrt geblieben:  
So stellten sich in Nordamerika und Australien die Gerichte der europäischen Eroberer auf den Standpunkt, das Land der Ureinwohner sei vor der Kolonisierung „terra nullius“ gewesen – also unbewohntes Niemandsland.  
Höchste Zeit also, dass die Rechte der Indigenen endlich international verbindlich kodifiziert werden.  
Deshalb müssen wir Europäer uns nun in besonderer Weise für ein modernes, gerechtes Völkerrecht einsetzen.*

### Herausgeber



Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e. V.

Melchiorstraße 3  
D-50670 Köln  
Tel +49 221 739 28 71  
Fax +49 221 922 97 60  
[infeo@infeo.de](mailto:infeo@infeo.de)  
[www.infeo.de](http://www.infeo.de)

### Kontakt Schweiz

infeo CH  
Andreasstrasse 15  
CH-8050 Zürich  
Tel +41 44 635 22 25  
[infeo@ethno.unizh.ch](mailto:infeo@ethno.unizh.ch)  
[www.infeo.ch](http://www.infeo.ch)

### Redaktion

Johannes Rohr (V.i.S.d.P.),  
Layout:  
Florian Maderspacher

Alle Rechte bei infeo und den Autoren.

### Auflage

80.000 Stück

Weitere Exemplare können gegen Portoerstattung beim Kölner Büro des infeo bestellt werden, soweit der Vorrat reicht.

Wir bedanken uns bei allen, die geholfen haben, diese Kampagnenzeitung möglich zu machen:  
Werner Aron, Günther Wippel, Claus Biegert, Heike Drillisch, Jens Elmer (Vamos), Sabine Hammer, Silke Lunnebach (Klimabündnis), Max Mader, Theodor Rathgeber, Elke Rothkopf, Franz Schilling

Hier vertretene Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber bzw. der Interviewpartner wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

### Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar:

infeo e. V.  
Konto-Nr. 985 565 01  
Postbank Köln  
BLZ 370 100 50

Diese Ausgabe konnte realisiert werden dank der freundlichen Unterstützung

- der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung

- des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED)

- des Ökofonds Grüne NRW

und von  
• InWent gGmbH - NRW

Weitere Informationen zur Kampagne:  
[www.ilo169.de](http://www.ilo169.de)